

on Kühns abgestellt und ohne Zustimmung der FDP kein Wechsel möglich ist.

Die Poullain-Affäre und der Rücktritt Halstenbergs bieten nun die Chance, das Kandidaten-Karussell abzu-bremsen, das seit Jahren in Düsseldorf rotiert. Kühn selber hatte die Frage seiner Nachfolge stets sorgsam in der Schwebe zu halten gewußt; vorübergehend waren nicht weniger als fünf Kronprinzen im Gespräch, darunter, bis zu seinem Sturz, auch Halstenberg.

Nun sind es nur noch vier: Nach Wissenschaftsminister Johannes Rau, Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann und Posser war zuletzt auch der frühere Bonner Arbeitsminister Walter Arendt, im Ruhrrevier nach wie vor hochgeschätzt und als Stim-menfänger bewährt, ins Spiel gebracht worden.

In Funk und Fernsehen, Interviews und Insider-Gesprächen hatte Kühn immer wieder die Qualitäten der Kandidaten abgewogen und sich abwechselnd bereit gezeigt, entweder bis zum Ende der Legislaturperiode, 1980, im Amt zu bleiben oder schon früher „die Stafette zu übergeben“, wenn „meine Freunde das wollen“.

Nun jedoch ist Kühn offenbar vor allem daran gelegen, „nicht im Sog der Affäre Poullain unterzugehen“, wie ein Mitglied des Fraktionsvorstandes weiß. Gleichwohl scheint sein vorzeitiges Ausscheiden — wahrscheinlich schon Ende dieses, vielleicht Anfang nächsten Jahres — allen Treuebekundungen zum Trotz bei SPD und FDP beschlossene Sache. Und nun wagt sich auch Kandidat Rau hervor: Die Diskussion über die Ablösung Kühns könne in der SPD „nicht mehr abgebrochen werden“.

Nach Possers Poullain-Panne gilt der SPD-Landesvorsitzende Rau als Favorit: Er ist gänzlich unberührt von der Affäre, hat gute Beziehungen zur SPD-Basis und starken Rückhalt in der Fraktion, die den Ministerpräsidenten mit Unterstützung der FDP „aus der Mitte des Landtags“ zu wählen hat. Wegen dieser Verfassungsvorschrift hätten Farthmann und Arendt vor 1980 keine Chance als Konkurrenten: Beide sind ohne Landtagsmandat.

Die Liberalen haben bereits signalisiert, daß ihnen Rau genehm wäre. Doppeldeutig ließ FDP-Fraktionschef Hans Koch wissen: „Wir sind weiter bereit, mit Kühn vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Aber die Entscheidung fällt nicht bei uns, sondern bei Kühn und der SPD.“

Das SPD/FDP-Bündnis hält Kühn — trotz Poullain-Affäre und Nachfolge-Diskussion — für stabil: „Sie können Ihre politischen Speere in mich hineinstoßen“, wettete er letzte Woche im Landtagsplenum zur CDU-Opposition hinunter, „aber Sie werden die Koalition nicht zerstören können.“

LEHRSTELLEN

Knüppel aus dem Sack

Ein weiterer Anstieg des Lehrstellenmangels droht in diesem Jahr. Und Bildungsminister Rohde muß erkennen, daß mit den traurigen Resten seiner Reformgesetze dem Problem kaum beizukommen ist.

Jahrelang versuchte Bildungsminister Helmut Rohde, gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Wirtschaft die Lehrlingsausbildung zu reformieren. Nun wäre er froh, wenn die Industrie ihm hilft, den kläglichen Rest seiner Neuerungsversuche — das Ausbildungsplatzförderungsgesetz — nicht anwenden zu müssen.

Im vergangenen Jahr, so erfuhren Gewerkschafts- und Unternehmervertreter letzte Woche im Hauptausschuß des Berufsbildungsinstitutes, hielten sich Angebot und Nachfrage bei Lehrstellen mit jeweils 586 000 etwa die Waage. Aber rund 27 000 Jugendliche gingen leer aus, weil gerade in ihrer Region die Offerten knapper oder weniger attraktiv waren.

In diesem Jahr wird sich die Situation sogar noch verschärfen. 40 000 Schulabsolventen mehr als im Vorjahr strömen auf einen Lehrstellenmarkt, dessen Reserven in vielen Bereichen erschöpft sind. Eigentlich müßte Rohde nun nach seinem Gesetz handeln.

Längst aber plagen den Minister Zweifel, ob ihm das vom ehemaligen FDP-Wirtschaftsminister Hans Fride-

richs und von der CDU/CSU-Opposition gefledderte Gesetz bei der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit helfen kann. Rohde muß sogar befürchten, daß sein Finanzierungskonzept, wonach alle mittleren und größeren Betriebe ein Viertelprozent ihrer Lohn- und Gehaltssumme für die berufliche Bildung abgeben sollen, den Lehrstellenmangel noch verschärft.

So haben Industrie- und Handwerksverbände schon angedroht, eine Umlage à la Rohde würde „ihre Bemühungen“, auch in diesem Jahr für die zu erwartenden rund 630 000 Interessenten mehr Lehrstellen zu offerieren, „in Frage stellen“ (Siemens-Vorständler Hans von Frankenberg). Und der Bildungsexperte Rolf Raddatz vom Deutschen Industrie- und Handelstag prophezeite: „Wenn die Umlage kommt, sinkt die Zahl der Ausbildungsplätze.“

Im letzten Jahr verzichtete der Bildungsminister auf die Abgabe, weil die Arbeitgeber ihm versprochen hatten, rund 100 000 Lehrstellen mehr als im Vorjahr bereitzustellen. „Im Interesse der Jugendlichen“ mochte Rohde damals „ein solches Angebot nicht abschlagen“.

Obwohl die Betriebe ihr Versprechen nicht ganz erfüllten und nur 70 000 zusätzliche Plätze meldeten, war es der Minister schon zufrieden: „Durch die starke Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes“, lobt er in dem soeben abgeschlossenen Berufsbildungsbericht, „konnte eine globaler Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erzielt werden.“



Lehrlinge (bei Krupp): „Wenn die Umlage für die Berufsbildung kommt, sinkt die Za-

In diesem Jahr aber zieren sich die Wirtschaftsverbände, für den politischen Handel — Lehrstellen gegen Umlage — ihren Preis zu machen. Sie halten es, so der Verbandsgeschäftsführer Helmut Brumhard, für „wenig sinnvoll, Zahlen zu nennen“, und begnügen sich lieber mit einer nebulösen Ankündigung: „Wir werden auch 1978 alles in unseren Kräften Stehende tun.“

Derlei vage Versprechungen reichen den Bonnern nicht aus — zu drängend ist das Problem der Hauptschüler ohne Lehrstelle. Bildungs-Staatssekretär Björn Engholm: „Die müssen ein handfestes Angebot machen.“

Auch Wirtschafts-Staatssekretär Martin Grüner verlangt, daß die Arbeitgeber „mit konkreten Zahlen überkommen“. Nur wenn Industrie, Handel, Handwerk und öffentlicher Dienst, so Grüners Rechnung, etwa 70 000 zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten, könne auf die Abgabe verzichtet werden. Denn dann würde sich, so seine Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr „wesentlich“ verbessern.

Ursprünglich hatte Rohde die Berufsbildungsabgabe automatisch kassieren wollen, wenn weniger als 12,5 Prozent Lehrstellen mehr angeboten als nachgefragt werden — nur bei einem solchen Überhang wären auch die regionalen Unterschiede einigermaßen ausgeglichen gewesen. Doch sein Kontrahent Friderichs setzte damals durch, daß statt der 12,5-Prozent-Klausel die vage Formel von der „wesentlichen Verbesserung“ in das Gesetz kam.



Ausbildungsplätze“



Bildungsminister Rohde: Hoffen auf die Unternehmer

So kann die Bundesregierung, auch wenn der von Rohde befürchtete Notstand längst da ist, frei entscheiden, ob ihr die Umlage in die gesamtwirtschaftliche Situation paßt oder nicht. Kanzleramtschef Manfred Schüler: „Da gibt es keinen Automatismus.“

Staatssekretär Grüner räumt offen ein: „Wir haben das Gesetz vor allem als Knüppel im Sack verstanden.“ Und auch Ministerialdirektor Otto-Erich Geske im Finanzministerium will erst mal „genau nachsehen, was per saldo mehr bringt“ — die Umlage oder die Drohung mit ihr.

Doch selbst Umlage-Erfinder Rohde weiß inzwischen, daß der „Torso“ (DGB-Experte Otto Semmler) seines Finanzierungsmodells auch für jene Unternehmer nicht besonders reizvoll ist, die von den Mitteln profitieren würden. Denn von den 800 Millionen Mark, die eine Erhebung der Umlage in diesem Jahr brächte, kämen auf einen Ausbildungsplatz im Durchschnitt nur 800 Mark, auf jede zusätzliche Lehrstelle 1600 Mark.

Da nach dem Gesetz das Angebot neuer Lehrstellen besonders belohnt wird, fürchten Rohdes Beamte, daß sich die Bestimmung zunächst „kontraproduktiv“ auswirkt. Die Betriebe würden in diesem Jahr mit ihren Lehrstellen hinterm Berg halten, um sich 1979 die Zurückhaltung doppelt vergüten zu lassen. Dann gelten nämlich die im Vorjahr nicht gemeldeten Plätze als zusätzliche Lehrstellen.

Verärgert ist inzwischen auch Finanzminister Hans Apel über das eilig zusammengeschusterte Gesetz. Denn als es im Kabinett schon über die Runden war, fiel den Autoren ein, daß die Mittel aus der Umlage nicht besteuert werden. Die Steuerfreiheit für das

800-Millionen-Ding würde Hans Apel rund 350 Millionen Mark kosten.

Mehr noch: Als der Vermittlungsausschuß im Bundesrat über die Feinheiten dieser Bestimmung beriet, geriet ein Zusatz der CDU/CSU-Länder ins Gesetz, der dem gesamten Steuersystem widerspricht. Weil der FDP-Abgeordnete Detlef Kleinert zum falschen Zeitpunkt die Hand hob, wurden gleich *alle* staatlichen Zuschüsse für die Förderung von Ausbildungsplätzen für steuerfrei erklärt.

Konkret: Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vergaben im vergangenen Jahr rund 50 Millionen Mark an Zuschüssen für Lehrstellen. Diese 50 Millionen kosteten dann noch einmal 25 Millionen Mark Steuerausfall. Finanzstaatssekretär Rainer Offergeld: „Eine schöne Panne.“

Nicht gerade Mut macht es Minister Rohde auch, daß beim Bundesverfassungsgericht schon eine Klage Bayerns gegen die Umlage eingetroffen ist. Sobald die Bundesregierung nach dem Gesetz die Abgabe einziehen würde, könnte eine einstweilige Verfügung aus Karlsruhe die Aktion stoppen.

So bleibt dem Bildungsminister nur noch die Hoffnung, daß die Unternehmer es auch in diesem Jahr wieder richten und die um 40 000 Schulabgänger stärkere Nachfrage wenigstens „global“ befriedigen. Sein Staatssekretär Björn Engholm hat schon eine schlummernde Reserve entdeckt: die größeren Betriebe, die sich „noch überhaupt nicht rühren“.

Bei der Veba-Tochter Gelsenberg Faserwerke in Neumünster, einem Unternehmen mit rund 1500 Beschäftigten, gibt es beispielsweise gar keinen Lehrling. Engholm: „Diese Betriebe müssen jetzt mobilisiert werden.“ ♦